



Tagesbericht

3. Oktober 1953

Information Nr. 1084

Quelle

BSStU, MfS, AS 39/58, Bd. 2, Bl. 223–229 (1. Expl.).

Serie

Informationsdienst.

Verteiler

Kein Nachweis einer externen oder internen Verteilung.

Vermerke

Zahlreiche vertikale Randmarkierungen (hier nicht im Einzelnen dokumentiert).

Bemerkungen

Maschinenschriftliches Deckblatt mit Inhaltsverzeichnis (nur 1. Gliederungsebene mit 4 Punkten).

Die Lage in Industrie, Verkehr, Handel und Landwirtschaft

a) Industrie und Verkehr

Über die neue Note der Sowjetregierung wird noch wenig diskutiert. Örtlich tauchen positive und negative Stimmen auf. Deren Verhältnis zueinander kann noch nicht sicher abgeschätzt werden. Im VEB Lowa Waggonbau Görlitz haben einige Arbeiter kleinere Selbstverpflichtungen übernommen. Im VEB Baumwollspinnerei Gückelsberg/Flöha/Karl-Marx-Stadt meinen die meisten Arbeiter, die Westmächte sollten sich nun endlich auf Verhandlungen einlassen, um die Einheit Deutschlands wieder herstellen zu können. Gleichgültige Arbeiter im VEB Apparatewerk Teterow¹/Neubrandenburg sagen: »Was geht uns die Note an, es wird ja doch nicht anders.« Beispiele beweisen, dass dort, wo Interzonenreisende aus Westdeutschland zurückkehren und die dortigen Verhältnisse verherrlichen, die negativen Stimmen überraschend anwachsen. In der Schuhfabrik Stadtilm/Erfurt z. B. kommen die positiven Stimmen nicht mehr gegen die negativen auf.

Im Zusammenhang mit den zurückgekehrten verurteilten Kriegsgefangenen² wird im Kombinat Gölzau, [Kreis] Köthen, [Bezirk] Halle, Folgendes verbreitet: »In der DDR bekommen die Rückkehrer 50,00 DM und einen Anzug, im Westen dagegen erhalten sie für jeden Tag seit 1947 1,00 DM.«³

Oft stehen in Betrieben Lohn- und Prämienfragen im Mittelpunkt der Diskussion. Steinsetzer vom Hochbau im Eisenhüttenkombinat »Stalin« diskutieren, in Westdeutschland verdienten Steinsetzer mehr als hier und die Lebenslage sei drüben überhaupt besser. In der Sinteranlage des gleichen Werkes sind die Arbeiter unzufrieden, weil in Zukunft für Stillstandszeiten kein Leistungslohn gezahlt werden soll, sondern nur noch Zeitlohn. Die Arbeiter meinen, man könne doch den neuen Kurs nicht auf Kosten der Arbeiter durchführen. Im VEB Pressenwerk Bad Salzungen/Suhl machen 45 % der Belegschaft die Bezahlung der Gewerkschaftsbeiträge von der Einstufung in die Ortsklasse II abhängig, weil einige andere Betriebe des gleichen Ortes nach dieser Ortsklasse entlohnt werden. In Betrieben des Bezirkes Karl-Marx-Stadt werden zurzeit heftige Diskussionen über die bevorstehende Prämierung am 13. Oktober geführt. Sehr viele Arbeiter sind der Meinung, die Prämienzahlung sei ungerecht, weil leitende Angestellte und Intellektuelle höhere Prämien als die Arbeiter erhalten.

Im Kombinat Deuben/Halle legte die Werksleitung einen Plan über ein neues Prämiensystem vor. Die Arbeiter sind nicht damit einverstanden, weil sie früher, als der Betrieb noch SAG war, höhere Prämien erhielten.

Die Arbeiter der Schiffswerft Fürstenberg/Oder, [Bezirk] Frankfurt, lehnen Nachtschichtarbeit ab, die wegen Strommangel eingeführt werden musste.

Über das Ableben Reuters⁴ machen sich viele Arbeiter im Kranbau Eberswalde lustig und spötteln.

Im Elektromotorenwerk Wernigerode konnte sich ein Provokateur vom 17. Juni der Verantwortung entziehen und nach dem Westen flüchten. Schuld daran ist die schwankende und unkonsequente Haltung der Belegschaft seiner Abteilung, die mit der Entlassung und Verhaftung des Provokateurs nur unter der Bedingung einverstanden war, dass durch genaue polizeiliche Untersuchungen noch stichhaltigere Beweise vorgebracht werden. Durch diese Verzögerung konnte der Provokateur das Weite suchen.

Mangelnde Transportraumzuteilung führt im Bezirk Potsdam erneut zu ernststen Schwierigkeiten in der Versorgung der Betriebe mit Rohstoffen, auch in der Kartoffelversorgung.

b) Handel und Versorgung

Im Bezirk Halle sind in der Kartoffelversorgung Schwierigkeiten eingetreten, weil Transportmittel fehlen. Auch im Kreis Ueckermünde/Neubrandenburg fehlen Einkellerungskartoffeln, weil die Kontrollziffern zu wenig beachtet wurden. Im Kreis Oelsnitz/Karl-Marx-Stadt verweigern Teile der Bevölkerung, die gelieferten Einkellerungskartoffeln abzunehmen, weil diese mit Trockenfäulnis behaftet sind.

Unzufriedenheit ruft im Kreis Gransee/Potsdam der Verkauf ranziger Importbutter hervor. Im Kreis Pritzwalk/Potsdam ist zurzeit keine HO-Butter in den Geschäften vorhanden. Der Bestand des III. Quartals 1953 für HO-Butter ist aufgebraucht.

Folgendes Beispiel zeigt die bürokratische Arbeitsweise von Verwaltungsstellen: Einkellerungskartoffeln für den Kreis Oelsnitz/Vogtland, [Bezirk] Karl-Marx-Stadt, werden von Rostock und Schwerin über Berlin und Zwickau geliefert. Berlin dagegen erhält die Kartoffeln aus Thüringen. Was Wunder, wenn bei dieser Arbeitsweise der Transportraum rar ist.

c) Landwirtschaft

Diskussionen über Stromabschaltungen werden stark in den Bezirken Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt geführt. So äußerte ein Großbauer in einer öffentlichen Blocksitzung in Kamenz/Dresden: »Wenn die Stromabschaltungen so weitergehen, dann können die uns oben alle mal am Arsch lecken.«

In den Bezirken Potsdam, Cottbus, Rostock und Gera wird in mehreren Kreisen geklagt, über die schlechte Qualität landwirtschaftlicher Maschinen, Fehlen von Ersatzteilen und Mangel an Arbeitskräften, besonders bei Einzelbauern. So sind in der MTS Missen/Cottbus die Pflüge alle zwei Tage zur Reparatur. Die MTS Lüdersdorf/Potsdam⁵ kann ihre Verträge nicht einhalten, da die Kartoffelroder erhebliche Mängel aufweisen. Dadurch lässt auch die Arbeitsfreudigkeit der Traktoristen nach. Im Bezirk Cottbus verläuft die Kartoffelernte durch Unterstützung der Erntehelfer ohne Störungen.

In einzelnen Kreisen des Bezirkes Frankfurt/Oder bringen Bauern zum Ausdruck, dass die Sollveranlagung in Getreide infolge der schlechten Ernte zu hoch sei. In der Gemeinde Friesack/Potsdam äußerten ca. 20 Mittelbauern gegenüber Erfassern, als diese die Bauern auf ihre Verpflichtungen hinwiesen: »Wir lassen unseren Hof im Stich, wenn wir wegen der Sollablieferung unter Druck gesetzt werden, und gehen nach den Westen.«

Verschiedene Bauern der Bezirke Potsdam und Leipzig sind mit dem Anbauplan 1953/54 nicht einverstanden. So äußern sich Klein- und Mittelbauern aus Brück/Potsdam, dass sie mit dem Anbauplan 1953/54 nicht einverstanden seien und verlangen, dass ihr Wunschanbauplan berücksichtigt wird. Andernfalls wollen sie ihren Verpflichtungen gegenüber dem Staat nicht mehr nachkommen. Es zeigt sich, dass in den LPG, in denen die Parteiorganisation die führende Kraft darstellt, auch die Arbeit gut ist. So haben die LPG »Clara Zetkin« in Großöbber/Karl-Marx-Stadt und die LPG »Rudolf Spranger« Pirk/Karl-Marx-Stadt ihr Ablieferungssoll an Getreide- und Ölsaaten vorfristig erfüllt. Sie erhielten Prämien von 1 650 DM. Dies war nur deshalb möglich, da die Parteiorganisation in der Arbeitsplanung und Brigadearbeit die führende Kraft darstellte.

Stimmung der übrigen Bevölkerung

Diskussionen unter der übrigen Bevölkerung werden in der Hauptsache über wirtschaftliche Probleme geführt. Bei politischen Fragen ist man zurückhaltend. Negative Diskussionen wurden in fast allen Bezirken über die täglichen Stromabschaltungen und im Bezirk Cottbus über die erhöhten Kohlenpreise geführt. So äußerten Hausfrauen in Spremberg/Cottbus: »So viel Stromsperrungen hat es ja bei den Nazis nicht gegeben wie jetzt, wo der Krieg schon acht Jahre vorbei ist, sollen sie doch zugeben, dass sie nichts haben.«

Ein Angestellter der Konsum-Kohlenverteilungsstelle Calau/Cottbus sagte: »Durch Erhöhung der Kohlenpreise ab 1.10.1953 ist wieder Unzufriedenheit entstanden. Ein Rentner kann sich jetzt die Kohlen nicht kaufen.«

Teile der Bevölkerung der Bezirke Suhl und Potsdam sind erfreut über die Ausgabe von Zusatzkohlen.

Ein Teil der Bevölkerung von Brandenburg ist über die hohen Kartoffelpreise im Konsum (DM 4,70) unzufrieden. Konsumkunden wollen die Kartoffeln beim Einzelhändler kaufen, da sie dort billiger sind (DM 3,90). Diskussionen über eine bevorstehende Preissenkung noch vor dem 7.10.1953 werden unter Hausfrauen im Bezirk Erfurt geführt.

Über die Rückkehr der verurteilten Kriegsgefangenen werden Stimmen laut, dass man die Namen der noch in der SU verbliebenen bekannt geben müsse, damit diejenigen Frauen, die seit Kriegsende keine Nachricht von ihren Männern erhalten hätten, sich nicht falschen Hoffnungen hingeben. Beim Deutschen Roten Kreuz in Frankfurt gehen jetzt täglich Briefe aus allen Teilen Deutschlands ein, in denen sich Frauen erkundigen und bitten, das Deutsche Rote Kreuz soll versuchen, etwas über ihre in der SU vermissten Angehörigen zu erfahren.

Von einem Teil zurückgekehrter Interzonenreisender wird im Bezirk Karl-Marx-Stadt, Halle und Rostock eine negative Stimmung verbreitet. So sagte ein Intelligenzler aus Grevesmühlen/Rostock: »Man kann es der SED ruhig sagen, dass es in Westdeutschland schöner ist als hier. Man kann dort alles kaufen und die Waren sind billiger. Die Läden sind auch sauberer.«

Welche Erfolge durch gute Aufklärungsarbeit erreicht werden können, zeigt folgendes Beispiel: Auf Initiative der SED-Kreisleitung, der Nationalen Front und des DFD in Zschopau/Karl-Marx-Stadt werden Ernteeinsätze organisiert, an welchen die Bevölkerung auch teilnahm.

Organisierte Feindseligkeit

Einer Meldung des »Telegraf« vom 3.10.1953⁶ zufolge hat die Bonner Regierung beschlossen, die Bettelpaketaktion bis zum 10.10.1953 zu verlängern.⁷ Weiter berichtet das Blatt, das USA-Amt für Auslandshilfe habe weitere 1,7 Mio. Dollar zum Aufkauf für Speiseöl für die Paketaktion zur Verfügung gestellt.

Flugblätter und Postwurfsendungen vereinzelt in den Bezirken Erfurt, Suhl, Gera, Halle, Frankfurt, Potsdam, Cottbus, Dresden, stärker in Karl-Marx-Stadt (Herausgeber: NTS,⁸ KgU,⁹ SPD-Ostbüro,¹⁰ kirchliche Sekten).

In Auswertung des Evangelischen Kirchentages in Hamburg¹¹ verstärkt die Kirche in Schwerin ihre offene und verstärkte feindliche Agitation.

In Barnitz, [Kreis] Meißen, [Bezirk] Dresden, wurde ein MTS-Traktorist (griechischer Emigrant)¹² überfallen und an der Durchführung seiner Nachtschicht gehindert. Die Traktoristen scheuen sich deshalb, noch nachts auf den Feldern zu arbeiten.

Zum wiederholten Male wurden im VEB Kammgarnspinnerei Westsachsen in Reichenbach/Karl-Marx-Stadt Zugseile von Produktionsmaschinen zerschnitten.

Einschätzung der Situation

Es werden weiterhin nur im geringen Umfang Diskussionen zur neuen Note der SU und anderen politischen Fragen geführt. Vielfach herrscht eine abwartende Haltung, Misstrauen und Gleichgültigkeit. Die heftigsten Diskussionen werden über die Stromabschaltungen geführt. Feindliche Elemente nutzen diese Situation aus, um unter der Bevölkerung die Unzufriedenheit aufrechtzuerhalten, um das Misstrauen und die abwartende Haltung zum neuen Kurs zu verstärken. Die Unzufriedenheit in verschiedenen Betrieben über die Prämienzahlung und die stärker werdende Verherrlichung des Westens gewinnen immer mehr an Bedeutung. In diesen Fragen ist eine gründliche Aufklärung notwendig.

¹ Es handelte sich um den VEB Apparate- und Maschinenfabrik Teterow.

² Am 25.9.1953 war der erste Kriegsgefangenentransport aus der Sowjetunion seit 1951 in der DDR eingetroffen. Vgl. Information Nr. 1078 v. 26.9.1953. Die Freilassungen basierten auf Vereinbarungen des sowjetisch-deutschen Kommuniqués vom 23.8.1953. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Hg. v. Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Bd. 1, Berlin (Ost) 1957, S. 345–350, hier 247 f.

3

Das entspricht den Regelungen des Gesetzes über die Entschädigung ehemaliger deutscher Kriegsgefangener vom 30.1.1954. Hier heißt es in § 3: »Für jeden Kalendermonat des Festhaltens in ausländischem Gewahrsam – frühestens vom 1. Januar 1947 an – wird als Entschädigung ein Betrag von 30 Deutschen Mark gewährt, der sich nach weiteren zwei Jahren ausländischen Gewahrsams auf 60 Deutsche Mark erhöht.« In: BGBl., Teil I, 1954, S. 5–10, hier 6. Das Gesetz war zum damaligen Zeitpunkt zwar noch nicht in Kraft, aber durch das laufende Gesetzgebungsverfahren in der öffentlichen Diskussion.

4

Ernst Reuter, Jg. 1889, SPD-Politiker, seit 1948 Oberbürgermeister bzw. Regierender Bürgermeister von Westberlin, war am 29.9.1953 gestorben.

5

Hier ist die Gemeinde Lüdersdorf im Kreis Luckenwalde, Bezirk Potsdam, gemeint.

6

»Berlin hilft der Zone weiter. Paket-Aktion um eine Woche verlängert – Neues Programm in Vorbereitung«. In: Telegraf v. 3.10.1953, S. 1.

7

Die US-Lebensmittelhilfe für die DDR, bei der von Westberliner Verteilerstellen Pakete an Ostberliner und DDR-Bürger ausgegeben wurden, lief tatsächlich bis zum 10.10.1953. Insgesamt wurden 5,5 Mio. Pakete verteilt. Vgl. Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus: Amerikanische »Liberation Policy« im Kalten Krieg 1947–1991. Köln u. a. 2002, S. 485–490.

8

Narodno-Trudowoj Sojus (NTS), deutsch: Volksarbeitsbund. Es handelte sich um eine seit 1930 bestehende russische Emigrantenorganisation, deren »geschlossener Sektor« streng konspirativ organisiert gegen die Sowjetunion arbeitete. Dabei ging es vor allem um die Verbreitung von antikommunistischem Propagandamaterial. Zur Zielgruppe dieser Aktivitäten gehörten in der SBZ/DDR vor allem die Angehörigen der sowjetischen Truppen. Ab Ende der Vierzigerjahre wurde der NTS insbesondere von US-amerikanischen Geheimdienststellen unterstützt und angeleitet, von den sowjetischen Sicherheitsorganen und unter deren Federführung auch vom MfS wurde er vehement bekämpft. Vgl. Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus: Amerikanische »Liberation Policy« im Kalten Krieg 1947–1991. Köln u. a. 2002, S. 318–331.

9

Die »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU) war eine antikommunistische Organisation, die von Westberlin aus in die DDR hineinwirkte. Sie wurde 1949 u. a. von Rainer Hildebrandt gegründet, 1951 übernahm Ernst Tillich die Leitung. 1959 wurde die KgU aufgelöst. Wegen ihrer Anbindung an amerikanische Geheimdienststellen und des zeitweisen Einsatzes auch militanter Mittel galt sie dem MfS als besonders gefährlicher Gegner. Vgl. Merz, Uwe: Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948–1959. München 1987; Engemann, Roger: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. In: Henke, Klaus-Dietmar; Steinbach, Peter; Tüchel, Johannes (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR. Köln u. a. 1999, S. 183–192.

10

Das Ostbüro der SPD wurde 1946 zur Unterstützung der von der Zwangsvereinigung betroffenen ostdeutschen Sozialdemokraten gegründet. Zu seinen Aufgaben gehörten Flüchtlingsbetreuung, Informationsbeschaffung und das Einschleusen von Informations- und Propagandamaterialien in die SBZ/DDR. Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2000.

11

Vom 12. bis 16.8.1953 fand in Hamburg der 5. Deutsche Evangelische Kirchentag unter dem Motto »Werft euer Vertrauen nicht weg« statt.

12

Nach dem Bürgerkrieg in Griechenland emigrierten 1949 etwa 2 500 griechische Kommunisten in die DDR.